

# Inhalt

Neue europäische Spaltungen 7

Kulturelle Heterogenität – Chance für ein neues  
Europa? 29

Politische Ordnungen – wieder im Dunkeln? 89

Geschichtsschreibung und Erinnerungspolitik 136

Werte und Recht 179

Die Verteidigung des Westens im Osten 239

Biographische Notiz 251



## Neue europäische Spaltungen

Der Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 markiert das Ende aller Illusionen, die vor allem die Westeuropäer sich gemacht hatten: Bis zuletzt hatte man auf Dialog gesetzt, auf Wandel durch Handel, auf den stabilisierenden Effekt einer kooperativen Sicherheitsarchitektur mit Russland. In Deutschland endet die Ära einer Politik, die sich gut fünfzig Jahre lang als Mittler und Brückenbauer zwischen dem Westen und Moskau verstand. Drei Tage nach dem Überfall sprach Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung von einer »Zeitenwende«, während die meisten osteuropäischen Staaten schon längere Zeit in Furcht vor einer Renaissance des aggressiven russischen Imperialismus gelebt hatten.

Obwohl das Staccato alarmierender Nachrichten schon seit Jahren zunahm, hatten nur die USA eindringlich vor dem Krieg gewarnt. Die Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 war ein erster eindeutiger, viel gescholtener und doch ungestrafter Völkerrechtsbruch. Auch die Reaktionen auf Russlands nichterklärten Krieg im Donbass blieben auf Lippenbekenntnisse und vergleichsweise milde Sanktionen beschränkt. Ohne Rücksicht auf das Leben von Zivilisten intervenierte Russland in Syrien, gab Mordanschläge in Großbritannien und Deutschland in Auftrag, hackte den Deutschen Bundestag und hielt die Welt mit sicherheitspolitischen Ultimaten in Atem. Allerdings dachten nur ukrainische,

polnische, baltische und amerikanische Sicherheitsanalysten an einen erneuten Krieg gegen die Ukraine.

Vladimir Putin hat die Ukraine verwüstet und Russland zu einem Pariastaat gemacht. Zuvor war der Versuch fehlgeschlagen, die Ukraine für die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion zu gewinnen. Der Grund dafür war der unverhohlene Führungsanspruch Moskaus, dem sich die anderen Mitgliedstaaten nur mit höchstem Misstrauen unterordneten. Offensichtlich glaubt auch der Kreml mittlerweile nicht mehr an die Verwirklichung einer politischen Eurasischen Union. Putin versucht seine imperialen Gelüste nun durch die anachronistische Wiederherstellung eines »Heiligen Russland« mit dem »dreieinigen Volk« der Russen, Ukrainer und Belarusen zu befriedigen.

Wie konnte es geschehen, dass Russlands Vorbereitungen auf den Überfall auf die Ukraine und die Revision der europäischen Friedensordnung lange Zeit nicht die gebotene Aufmerksamkeit in der europäischen Politik erhalten hatten?

Dass sich Russlands autokratisches und repressives Regime nach innen auch in Gewalt nach außen manifestieren würde, wollten jene, die Russland als Exportmarkt und als Energielieferanten schätzten, ungern zur Kenntnis nehmen. Reiche russische Wirtschaftsvertreter und Politiker hofierten Berlin, London, Paris, Rom oder Athen, luden zu pompösen Empfängen ein, wuschen ihr Geld und förderten »Stiftungen« zum Zwecke des Wirtschaftslobbyismus. Das Bild einer – wenn auch schwierigen – Partnerschaft sollte nicht durch Alarmissimus oder rhetorisches »Säbelrasseln« gestört wer-

den. Bisweilen verband ein latenter Anti-Amerikanismus die deutsche mit der russischen politischen Klasse.

Das Selbstbild als Mittler machte blind für heraufziehende Gefahren. Die Illusion vom Ende der Geschichte und ihrer Friedensdividende war zu groß. Gorbatschows ungewollter Beitrag zu einem friedlichen Ende der Sowjetunion und des Ost-West-Konfliktes übersetzte sich in einen Vertrauenskredit gegenüber Russland. Zu verheißungsvoll waren auch die ökonomischen Aussichten von Russland als großem Absatzmarkt deutscher Exporte und Energielieferanten in einer Übergangsphase zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft. Alarmierende Entwicklungen lösten kein Nachdenken über eine vorsichtigeren Russlandpolitik aus. Auch ein kritisch-besorgter Blick auf die keineswegs geradlinigen Transformationsverläufe in Ostmitteleuropa mag dazu beigetragen haben, Russland in milderem Licht zu sehen. Denn auch in Ostmitteleuropa setzten sich nach dem Untergang des Sozialismus Menschenrechte, Toleranz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nur partiell durch – dem Versprechen eines Neuanfangs zum Trotz. Sein und verfassungsrechtlicher Schein fielen deutlich erkennbar auseinander.

Statt einer Konsolidierung nach schwierigen Anfangsjahren gab es nach drei Jahrzehnten Reformpolitik in Ostmitteleuropa mehr Rück- als Fortschritt. In Polen schränkte die PiS-Regierung die Unabhängigkeit der Justiz ein und machte sich die Medien dienstbar. In Ungarn unterminierte Ministerpräsident Orbán die demokratischen Grundlagen des politischen Systems. Die

EU-Kommission hatte keine andere Wahl, als gegen Polen und Ungarn Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Bei der Auseinandersetzung mit Polen gab es seit Herbst 2021 einen Showdown. Nach der Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichtshofs, wonach der Vorrang des EU-Rechts nicht mehr anzuerkennen sei, verhängte der Europäische Gerichtshof eine Strafzahlung von einer Million Euro pro Tag. Das politische System der Ukraine befand sich zum Beginn des Jahres 2022 und damit acht Jahre nach dem Maidan noch immer fest im Griff der Oligarchen. Die Korruptionsbekämpfung kam nur mühsam voran. In Belarus klammerte sich Präsident Lukaschenka mit aller Gewalt an die Macht, für die er in der eklatant gefälschten Präsidentschaftswahl von 2020 kein Mandat mehr erhalten hatte. Vor diesem Hintergrund schien eine Allianz des Westens mit den Staaten Ostmitteleuropas gegen Russland nicht die einzige und auch nicht die sich unbedingt aufdrängende Option zu sein.

Die Verschärfungen der politischen Gangart, die Renaissance von Populismus und Nationalismus in Polen, Ungarn und Slowenien, die schleppenden Reformen in der Ukraine und die Großmachtsucht Russlands wurden begleitet von einem fundamentalen Wandel der Erinnerungspraktiken. Die Geschichtskulturen der Länder im östlichen Europa traten nicht mehr in einen Dialog, sie arbeiteten sich antagonistisch aneinander ab. In Russland wurde der Schutz der »historischen Wahrheit« 2020 sogar in die Verfassung aufgenommen.

Aber auch wenn die Neuinterpretation und die Instrumentalisierung der Geschichte ein allgemeines und

nicht ein spezifisch russisches Phänomen waren, ging doch nur Putin so weit, mit teils widersprüchlichen, teils absurden geschichtspolitischen Einlassungen Gewalt zu rechtfertigen: Mal galt ihm die Ukraine als Bruder Russlands, dann wieder als *Idée fixe* Lenins. Putins Kriegsziel, die Ukraine zu »entnazifizieren«, obwohl dort Nazis weder im Parlament noch in der Regierung vertreten sind, sollte als Begründung für einen Vernichtungskrieg Russlands gegen die Ukraine dienen. Aber auch ein fiktives Feindbild kann zu sehr realen Konsequenzen – zur Enthemmung und zur Verletzung grundlegender Menschenrechte – führen.

### *Verkannte Eigendynamiken*

Wenngleich der Krieg einen alles verdunkelnden Schatten über dreißig Jahre der Geschichte wirft, sollte sicherlich nicht aus dem Blick geraten, was nach 1989 im östlichen Europa erkämpft worden ist: Freizügigkeit, Mehrparteienwahlen, gefüllte Regale, Eigentumsrechte und die EU- und NATO-Mitgliedschaft zumindest der ostmitteleuropäischen Staaten. Doch die Befreiung, nicht nur vom Repressionsapparat, sondern auch von den festen Strukturen des täglichen Lebens, hatte ihren Preis. Der sozialistische »Gesellschaftsvertrag« – moderate soziale und wirtschaftliche Sicherheit gegen opportunistische Hinnahme der Autokratie – brach zusammen, weil die selbst ernannten Volksdemokratien ihren Teil des Vertrages nicht mehr einhielten. Der neue Gesellschaftsvertrag, so die Hoffnung, würde Wachs-

tum, Reichtum und Freiheit zugleich und sofort bringen. Auf die Revolution der Erwartungen musste fast zwangsläufig Enttäuschung folgen. In Russland war eine Präsidentialrepublik entstanden, deren ohnehin fragile demokratische Substanz sich mittlerweile verflüchtigt hat. Putin hat an ihrer Stelle eine Diktatur errichtet. Er hat nicht nur keinen Widersacher mehr, sondern auch niemanden, der ihm ein mäßigendes Wort zurufen könnte. Auch in den anderen Staaten des Ostens steht die Demokratie vor Herausforderungen. Dazu kam eine ungeahnte soziale Ungleichheit. Die Einkommen wuchsen, aber unter der Einkommenskluft litt immer mehr der gesellschaftliche Zusammenhalt. Die Verheißung der wirtschaftlichen Schocktherapie, den peripheren sozioökonomischen Status in kurzer Zeit überwinden und zu den Metropolen aufschließen zu können, trug von Anfang an ideologische Züge. Der westliche Teil Europas fühlte sich als Sieger der Systemauseinandersetzung. Politik-, Wirtschafts- und Rechtsberater schwärmten aus, um die »nachholende Modernisierung« und Zivilisierung des Ostens voranzutreiben. Die Ausgangslagen und Verwerfungen verstand kaum einer der Zugereisten. Der Westen erkannte im Osten vor allem eine Ausweitung von Exportmärkten, billige Produktionsstätten, Schnäppchen bei der Privatisierung und tariflich ungeschützte Zeitarbeiter, die zur »Flexibilisierung« der Arbeitsmärkte in der Landwirtschaft, im Gesundheitswesen und im Bau- und Transportgewerbe beitragen konnten. Verlustängste und Gefühle der Bedrohung, die jene empfanden, die in einem von allen äußeren Einflüssen abgeschirmten sowjetisch dominier-

ten Riesenreich gelebt hatten, waren im Westen niemandem vermittelbar.

Das Jahr 1989 war zudem keine Stunde Null. Den Imperativen des Systemwechsels standen wirkmächtige Erbschaften gegenüber. Der Sozialismus hinterließ Staatsmonopole und industrielle Monokulturen und einen Wertkonservatismus. In Polen war die unabhängige Gewerkschaft »Solidarność« und in Russland die Menschenrechtsorganisation »Memorial« entstanden, doch in der Breite fehlten zivilgesellschaftliche Organisationen – Vereine, Verbände, Gewerkschaften – ebenso wie Parteien mit starken Mitgliedschaften und Wählerbindungen. Nur langsam bildete sich ein Mittelstand heraus. Die soziale Stratifikation war gering. Reformen sollten vor allem durch einen Elitenwechsel zuwege gebracht werden. Aber gehörten die Wendehälse, die roten Direktoren, die zu Kapitalisten konvertierten, oder die Oligarchen, die Staatsbetriebe, Medien, Parteien, Abgeordnete und Gesetze kauften, nun zu den neuen Eliten? Und woher sollten ganz »neue« Eliten kommen? Aus den Schriftstellerdissidenten ließen sich keine neuen Politiker schmieden. Václav Havel war die Ausnahme von der Regel.

Die Entkopplung von Demokratisierung und Privatisierung ließ eine kleine Schicht von Oligarchen entstehen. Die wachsende Kluft zwischen den Einkommen, zwischen den großen Gewinnern und den vielen, die sich in prekären Verhältnissen durchschlagen mussten, gewann an politischer Sprengkraft. Nach den ersten postsozialistischen Wahlen fanden vormalige Kommunisten oder Nationalisten Zulauf, und aus der doppel-

ten Enttäuschung über die Korruption vieler »Reformpolitiker« und aus dem Souveränitätsverlust gegenüber der EU speisten sich in Ostmitteleuropa antielitistische, euroskeptische, illiberale und zugleich sozialpopulistische Strömungen. Aber während dort noch Bewegung war, versteinerte das System in Russland ebenso wie in Belarus oder Aserbaidshan. Die Jugend, soweit sie anders dachte und Wandel wünschte, wurde mundtot gemacht und weggesperrt. Das Europa, das man in Warschau und Budapest zunehmend als eine Zumutung empfand, blieb für jene noch weiter im Osten unerreichbar. Für manche war es Verheißung, für andere ein Schreckbild.

### *Östlich-westliche Lesarten*

Entsprang also die 1989 beschworene »Rückkehr nach Europa« einem Wunschdenken, einer Chimäre und einer Projektion von Erwartungen? Oder aber breiten sich in der Gegenwart im östlichen Europa autoritäre und populistische Herrschaftsmuster im Zuge der tiefgreifenden Globalisierungsprozesse nicht genauso dynamisch aus, sind sie nicht von ähnlichen Ängsten und Ressentiments angetrieben wie anderswo? Kein Volk wollte das Ancien Régime sowjetischer Herrschaft mehr verteidigen. Selbst die Funktionäre der kommunistischen Parteien kündigten dem Machtsystem ihre Loyalität auf. Mit zwei Erweiterungsrounden nahm die EU eine Reihe ostmitteleuropäischer Staaten als Mitglieder auf, mit anderen schloss sie Assoziierungsabkommen oder lud sie

zur »Östlichen Partnerschaft« ein. Doch die zugleich gewünschte und verfluchte radikale Transformation des politischen und des wirtschaftlichen Systems führte zu Bruchstellen und entlarvte die Erwartungen an einen harmonischen und vermeintlich reibungslosen Systemwechsel als naive Illusion. Die Spannungen zwischen nationaler Souveränität und transnationalem Regieren durch die EU entluden sich. Zugleich bedeutete das »Drinnen« und »Draußen« in EU und NATO eine neue Spaltung des Ostens, bei der die Grenzziehungen nicht immer klar waren, etwa wenn der ungarische Ministerpräsident Orbán kurz vor der Invasion der Ukraine nach Moskau reiste und das »pragmatische ungarische Modell« pries, das eine EU-Mitgliedschaft mit gutnachbarlichen Beziehungen zu Russland verbinde.

Vor dem 24. Februar 2022 mochte man sich fragen: Fängt Osteuropa in der Mitte an, im Herzen Berlins, dort, wo einst die Mauer stand, hinter den Stadträndern von Warschau oder doch erst am Dnipro, der durch Kiew fließt? Ist Prag osteuropäisch, und gehört Wien, das etwa 150 km weiter östlich liegt, zu Westeuropa? Oder hatte der Journalist Wolfgang Büscher recht, als er in seinem Buch *Berlin-Moskau. Eine Reise zu Fuß* (2003) meinte: Der Osten ist immer noch weiter im Osten, wo immer man sich auch befindet.

Das traditionelle Ost-West-Denken hat sich tief in die Kultur eingegraben. Czesław Miłosz definierte in einem Bonmot den Unterschied zwischen einem osteuropäischen und westeuropäischen Intellektuellen damit, dass der letztere »nie richtig eins in die Fresse« gekriegt habe. Witold Gombrowicz meinte sogar, dass alle

Osteuropäer Vertreter einer brutalisierten Kultur seien und mithin dem Leben näherstünden.<sup>1</sup> Markiert Gewalt das Anderssein Osteuropas? Zweifellos ist die Geschichte Osteuropas von außerordentlicher Gewalt und Grausamkeit geprägt. In der ersten Jahrhunderthälfte ragen der Bürgerkrieg in Russland, die Gewalt des Stalinismus und der deutsche Vernichtungskrieg im östlichen Europa und mit ihm verbunden der Holocaust heraus. Nach dem Zweiten Weltkrieg organisierten die kommunistischen Selbstherrscher in Osteuropa Straf-lager, in denen tatsächliche und vermeintliche Staatsfeinde verschwanden. Besonders grausam gingen die Neostalinisten in Rumänien vor: Im sogenannten Pitești-Experiment (1949-1951) wurde schwere Folter als Mittel einer kommunistischen Umerziehung eingesetzt.<sup>2</sup> Die kriegerische Auflösung Jugoslawiens, die Gewaltkonflikte in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Flucht und Vertreibung gehören zu den identitätsstiftenden Kollektiverlebnissen vieler Menschen im östlichen Europa. Der brutal und rücksichtslos geführte Krieg gegen die Ukraine fügt sich in diese Traditionslinie ein. Dies mag die zu Beginn der Reformen in Osteuropa oftmals verwendete Redensart von der »Rückkehr zur zivilisierten Welt« erklären.

Allerdings ist Gewalt keineswegs ein ausschließlich osteuropäisches Phänomen. Das Christentum, der Kolonialismus und der Imperialismus breiteten sich mit dem Schwert aus. Der Totschlag als politisches Argument

1 István Eörsi, *Tage mit Gombrowicz*, Leipzig 1997, S. 17.

2 Dennis Deletant, *Communist Terror in Romania. Gheorghiu-Dej and the Police State, 1948-1965*, London 1999.

hat seinen Ursprung im Geburtsmoment der modernen Republik während der französischen Revolution. Wer sich nicht für die Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit begeistern konnte, wurde im Namen ebendieser Werte um einen Kopf kürzer gemacht. Die revolutionäre Menschenliebe hatte eine genaue Vorstellung, wie die Millionen umschlungen werden sollten – und wenn der schöne Götterfunke die neuen Bürger nicht erleuchtete, dann wurde die Umarmung der Menschheit zur strangulierung. Von Deutschland, im Herzen des Kontinents gelegen, gingen zwei Weltkriege aus. Es brauchte Jahrzehnte, bevor die Menschenrechte nicht nur deklariert, sondern auch durch eine unparteiische Justiz zu realen Faktoren des politischen Lebens gemacht wurden. Erst lange nach der Bändigung der blutrünstigen Revolution wurde der demokratische Rechtsstaat als gültiges politisches Ordnungsmodell akzeptiert.

### *Russland als der andere Osten*

Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine scheinen die Koordinaten des Ostens verschoben worden zu sein. Osten, das sind nun die Diktaturen Russland und Belarus, denen die Demokratien des übrigen Europa von Kiew bis Paris und London gegenüberstehen. Paradoxerweise greift Putin den Westen im Osten an: Sein Opfer ist die Ukraine, die er als falschen Westen im richtigen Osten wahrnimmt. Die Ukraine, deren Platz unverrückbar im Osten zu liegen schien, rückt in einen

neuen Westen. Die EU ist bereit die Tore zu öffnen, die auf lange Jahre geschlossen schienen.

Russland hat als östlicher Osten – es grenzt an China und die Mongolei – in Selbst- und Fremdzuschreibungen oft eine kulturelle Sonderstellung eingenommen. So zog der gebürtige Pole Joseph Conrad (Józef Korzeniowski) schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine scharfe Trennlinie zwischen dem asiatischen Russland und dem aristokratisch geprägten Polen, das für ihn unzweifelhaft zum Kernbestand der abendländischen Kultur gehörte. In Russland selbst gab es im 19. Jahrhundert erbitterte Debatten zwischen den »Slawophilen« und den »Westlern«. Die beiden Parteien waren aber nur auf den ersten Blick eingeschworene Gegner. Wie komplex die ideologischen Positionen sind, zeigt etwa die Tatsache, dass eine berühmte slawophile Literaturzeitschrift den Titel *Der Europäer* trug, während ein einflussreiches prowestliches Organ *Vaterländische Aufzeichnungen* (St. Petersburg 1818-1884) hieß. Beide Seiten verstanden sich als russische Patrioten und trafen sich in der Diagnose, dass Russland reformbedürftig sei. Auch ihre Argumentationsstrukturen sind ähnlich. Uneinig waren sie sich nur in der Therapie: Die Slawophilen riefen zur Rückkehr zu den eigenen Wurzeln auf, während die Westler den Anschluss an das fortgeschrittene Europa forderten. Für die Slawophilen wurde dabei gerade die kulturelle Rückständigkeit zum Vorteil: Das »alte« Europa habe bereits den verderblichen Weg des Rationalismus, Individualismus und Kapitalismus eingeschlagen, während das ungeformte Russland noch bereit sei, sich seiner höheren Berufung zu stellen. Am de-

tailliertesten arbeitete Nikolaj Danilewski (1822-1885) diese Theorie aus. In seinem umfangreichen Buch *Russland und Europa* (1869) identifiziert er zehn Kulturtypen, die vom alten Ägypten bis zur »germanisch-romanischen Kultur« der Neuzeit reichen. Russland kommt in dieser Typologie nicht vor, und zwar aus gutem Grund: Es stellt die letzte Synthese dar, die alle religiösen, politischen und ökonomischen Entwicklungen der Weltgeschichte zusammenführen und abschließen wird.

Letztlich hat der Streit um die Zugehörigkeit Russlands zur europäischen Kultur nie aufgehört. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ließ sich ein Revival der Slawophilie beobachten. Im Kreml wurde Samuel Huntingtons umstrittene Konzeption des »Kampfs der Kulturen« freudig begrüßt und zur Leitlinie des Aufbaus einer »einzigartigen Zivilisation« erhoben. Mittlerweile ist die Geschichtspolitik zum wichtigsten außenpolitischen Kompass des Kremls geworden. Vladimir Putin gefällt sich in der Rolle des Chefhistorikers, der über die »historische Einheit der Russen und Ukrainer« schwadroniert und nostalgisch an die Konferenz von Jalta erinnert, als sich die Führer der Großmächte über Landkarten beugten und mit Rotstiften Einflussphären markierten. Für die Rechtfertigung seines Krieges bezog er sich auf sein Geschichtsverständnis, das der Ukraine die Eigenstaatlichkeit aberkannte. Diese Behauptung war nicht neu. Neu war die Gewaltbereitschaft, mit der Putin seine persönliche geopolitische Obsession ins Werk setzte. Schon seit den Massenprotesten von 2011 und 2012 war in Russland eine Schließung der Gesellschaft zu be-